

FSG

Personalvertretung .wien

**Zeit für
gute
Lösungen!**

**Zeit für
Karin Medits-Steiner**
Vorsitzende-Stv. Personalvertretung
für Wiener Pflichtschulen

**Bildung braucht
Freiheit!**

schulautonome
Entscheidungen bei
Sprachförderung und
Leistungsbeurteilung sowie
Erziehungsfragen

schulautonomer Abbau von
Mitteilungspflichten

**Vorrang für Pädagogik
Abbau von Bürokratie**

Freifahrt für Bildung
mit den Öffis

administrative
Unterstützungskräfte

Teamteaching auch in
VS-Klassen

eigener DA für PTS

**Man kommt nach Wien,
um zu bleiben**

Großstadtzulage für
Lehrer/innen an Pflichtschulen

Optionsrecht BVA oder
Gebietskrankenkasse

Sicherheit im Beruf durch
frühere unbefristete Verträge

**Stärkung der
Schulleitung im Sinne
der Autonomie**

eigene PV für
Schulleiter/innen

Optionsrecht
Pragmatisierung
contra Betrauung

Planungs- und
Ressourcensicherheit

like



FSG-ZV hatte gegenüber den Deutschförderklassen immer schon eine ablehnende Haltung. Nunmehr hat sich auch der konservative Vorsitzende der Lehrer/innen-Gewerkschaft unserer Meinung angeschlossen. Hielt er am 24.1.2018 in einer Aussendung „Faßmanns Konzept der Deutschförderklassen (für) grundvernünftig“ (damals galt noch türkis-blaue Message Control), bezeichnete er sie im Juni 2019 als „nicht funktionsfähig“. Wenn sich die konservativen Gewerkschafter/innen nun auch dem kritischen Standpunkt der FSG-ZV gegenüber dem sogenannten „Pädagogikpaket“ mit all seinem Test- und Verwaltungsirrsinn anschließen, besteht die Chance, dass endlich wieder die Pädagogik bestimmt, wo es lang geht, und nicht die Politik.

don't like



Herr Professor Taschner mag zwar sehr kompetent als Mathematiker sein, von der Pflichtschule hat er aber leider keine Ahnung. Wenn er die berechtigte Kritik vieler Lehrerinnen und Lehrer am sogenannten „Pädagogikpaket“ als „Forderung von Linken“ zu diffamieren versucht, beweist er damit lediglich nur, dass er keinerlei Sachargumente hat. Zahlreiche echte Expertinnen und Experten weisen darauf, dass viele der im sogenannten „Pädagogikpaket“ enthaltenen Maßnahmen mit Pädagogik gar nichts zu tun haben. Vieles ist lediglich politische Agitation zur Bespielung der eigenen Klientel. Einem Wissenschaftler und Parlamentarier wie Herrn Professor Taschner ist es unwürdig, lediglich mit den Wölfen zu heulen und sich dem sachlichen Dialog zu verweigern.



Willkommen im neuen Schuljahr!

Horst-E. Pintarich

Ich hoffe, Sie haben die Sommerferien in vollen Zügen genossen und sich erholt vom Durcheinander über Aufstiegsberechtigungen nach MIKA-D, Ungleichbehandlungen von Kindern in Deutschförderklasse und Deutschförderkurs und dadurch verursachte Auflösungen und Zusammenlegungen von Klassen. Das Ende des vergangenen Schuljahres glich tatsächlich mitunter einem Chaos. Ein Chaos, das nicht notwendig gewesen wäre, hätte man die Reformen um die Deutschförderung nicht derart überhastet und planlos eingeführt.

Man muss einmal mehr festhalten: die wahren Expertinnen und Experten sind die Kolleginnen und Kollegen an den einzelnen Schulstandorten. Sie wissen genau, welche Organisation der Förderung an ihrer Schule mit ihren ganz spezifischen Voraussetzungen erforderlich ist. Autonomie bedeutet nicht, dass die einzelnen Schulen schauen können, wie sie die zentral verordneten Vorgaben umsetzen können, auch wenn's von den Rahmenbedingungen her vorn und hinten nicht passt. Autonomie bedeutet, dass das Kollegium mit der Schulleitung einen speziellen, auf den Schulstandort abgestimmten Plan entwickelt, wie Un-

terrichtet organisiert wird. Zentralstellen, wie das Ministerium haben dafür lediglich einen Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen sich die einzelnen Schulen autonom bewegen können. Und die Zentralstellen haben dafür zu sorgen, dass all die notwendigen Supportsysteme gesichert sind, die ein modernes Schulsystem braucht.

Ein herzliches Willkommen ergeht an all jene, die wir als Neueinsteiger/innen in unseren Beruf begrüßen dürfen. Sie haben sich einen sehr herausfordernden Beruf ausgesucht. Aber ich bleibe dabei: Es ist der schönste Beruf der Welt!

Ein schönes, erfolgreiches Schuljahr wünscht

Horst-E. Pintarich



Ich bin **MMag. Dr. Thomas Bulant** Lehrer von Beruf Zeit für einen Richtungswechsel!



Stur und uneinsichtig ist das Bildungsministerium geworden, zuletzt an der Husch-Pfusch-Zeugnisverordnung zum Ende des letzten Unterrichtsjahres ersichtlich gewesen. Die in vielen Schulen produzierte Mehrarbeit erfolgte über den Weisungsweg ohne Rücksicht auf die organisatorischen Abläufe an Schulen und ohne Wertschätzung der Leistungen von Leiter/innen und Lehrer/innen.

Unbelehrbar war auch die Regierung Kurz, die uns neben zentralistisch verordneten Deutschförderklassen, aufgrund derer viele Standorte heuer Ressourcen einbüßen mussten, ein „Pädagogikpaket“ beschert hat. Dieses wird in diesem Schuljahr aufgeschnürt werden und vor allem die Kolleginnen und Kollegen an den Volksschulen belasten. Es enthält nämlich weder die von der FSG seit Jahren geforderte Doppelbesetzung in Volksschulen noch multiprofessionelle Unterstützungsteams, sondern nur zusätzliche Aufgaben. Neben einer Einschränkung autonomer Entscheidungsmöglichkeiten in der Leistungsbeurteilung gilt es das Individualrecht der Eltern auf Ziffernnoten trotz möglicherweise anders lautender Klassenforumsbeschlüsse zu verkraften. Die Ziffernnoten müssen übrigens ab diesem Jahr in Volksschulen schriftlich erläutert werden, für jedes Kind und in jedem Gegenstand. Alle anderen Schularten dürfen sich in schulautonomen Beschlüssen diese Mehrarbeit aufhalsen. Primarstufe und Sekundarstufe können gemeinsam „danke“ für eine weitere Mitteilungspflicht sagen: Auf der 4., 7. und 8. Schulstufe hat nachweislich eine mündliche Bildungsweginformation stattzufinden. Die Grundlagen dafür

müssen in Lehrerkonferenzen vorbereitet werden. Und nach der Abschaffung des 5-Stufenplans kommt die Elternberatung für „Schulschwänzer“ über den § 19, Absatz 9 SchUG durch die Hintertüre wieder in die Schulen herein

Ineffizient gestaltete sich auch die Abwehr all dieser Maßnahmen. Die Regierung Kurz hat die Sozialpartnerschaft auch im Schulbereich aufgekündigt. Das letzte Schulpartnerschaftstreffen von Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen fand am Minoritenplatz unter Ministerin Hammerschmid statt. Und während Gewerkschaft und Ministerium früher (zum Dienstrecht oder zum Bildungsreformgesetz) Monate bis Jahre verhandelt haben, fanden solche zu den Deutschförderklassen erst nach dem Beschluss im Parlament oder wie zum „Pädagogikpaket“ nur zweimal 120 Minuten statt. Exminister Faßmann hat damit den schwarzen Gewerkschaftern, die die Führungsverantwortung seit Jahrzehnten tragen, keinen guten Dienst erwiesen. Die Folgen werden uns über dieses Schuljahr hinaus belasten. Viele Kolleginnen und Kollegen haben mich auf all diese Umstände angesprochen und immer wieder habe ich zu hören bekommen: „So kann es nicht weitergehen!“ Ich gebe ihnen recht.

Es ist Zeit für einen Richtungswechsel in Gewerkschaft und Personalvertretung. Die Chance, die Interessenvertretungen der Lehrer/innen zu stärken, ist gegeben, mit einer Stimme für die „roten Lehrer/innen“ bei den Personalvertretungswahlen im November 2019. Nur der Vergleich kann einen sicher machen!

für Sie gecheckt



Karin Medits-Steiner

Kolleginnen und Kollegen, die im Zuge der Änderungen der Zeugnisse des vergangenen Schuljahres einen erheblichen Mehraufwand hatten, können, wie bereits durch Bildungsdirektor Heinrich Himmer kommuniziert, um einen Tag Sonderurlaub ansuchen! Wir freuen uns, dass Wien die geleistete Mehrarbeit, die durch eine Verordnung des BMBWF verursacht wurde, wertschätzt!

Viele Diskussionen gab es in den letzten Jahren über das Schulkonto. Welche Gelder dürfen drauf liegen? Wie werden Schulveranstaltungen abgerechnet?... Nun gibt es eine Lösung, mit der eine langjährige Forderung der Personalvertretung und der Gewerkschaft von der Stadt Wien umgesetzt wurde und die legale Möglichkeit geschaffen wurde, dass auch Geldbeträge (z.B. für eine Schulveranstaltung) auf dieses Schulkonto eingezahlt werden können. Die Abwicklung mit sogenannten „Fremdgeldern“, also Geld, das nicht von der MA56 (Warenkorb) kommt, wurde dadurch deutlich vereinfacht.



Reserviert für Bildungsdirektion
und Artikel Karin



Horst-E. Pintarich

Aus der Kanzlei

Zeit für neue Wege!

Das Ministerium beschließt überhastet die Einführung von Deutschförderklassen. Weder Lehrplan noch Testung sind fertig. Organisiert werden muss es trotzdem. Als die MIKA-Tests dann fertig sind, müssen an vielen Standorten über 200 Kinder durchgetestet werden.

Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf:
die Schulleiter/innen

Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in Gewerkschaft oder Zentralausschuss: **Fehlanzeige**

Manche Schulen haben keinen Platz für Deutschförderklassen. Diese Standorte müssen die Deutschförderklassen im sogenannten „Abteilungsunterricht“ organisieren. Die Schulleiter/innen der betroffenen Schulen werden mit Listen und Berichten bombardiert und vom Ministerium mehrmals zu einem Rückmeldegespräch geladen.

Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf:
die Schulleiter/innen

Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in Gewerkschaft oder Zentralausschuss: **Fehlanzeige**

Das Kultusamt im Bundeskanzleramt meint zwei Tage vor Notenkonferenz eine Einigung in der Bezeichnung von Religionsbekenntnissen gefunden zu haben. Das Bildungsministerium verweist leider nicht auf den Fristenlauf, sondern leitet am Tag der Klassifikationskonferenz das entsprechende Schreiben weiter. Kolleginnen und Kollegen sitzen stundenlang und entkollationieren und kollationieren neu. Tausende Zeugnisse müssen neu ausgedruckt werden.

Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf:

die Schulleiter/innen

Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in Gewerkschaft oder Zentralausschuss: **Fehlanzeige**

Unzählige Abfragen, Untersuchungen und Erhebungen landen, oftmals an der Bildungsdirektion vorbei, direkt vom Ministerium in den Schulkanzleien. Wieviel hat die Projektwoche gekostet? Wie oft wurde die Polizei gerufen? Welches Betriebssystem läuft auf den Computern? Alles zusätzliche Arbeit, aber keine Unterstützung.

Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf:

die Schulleiter/innen

Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in Gewerkschaft oder Zentralausschuss: **Fehlanzeige**

Bundesweit wird ein neues Bewerbungssystem eingeführt. Schulen können sich dann die Lehrer/innen angeblich selbst aussuchen. Funkzionieren wird es aber erst in zwei Jahren. Die Schulleiter/innen werden dennoch kurzfristig zu einer „Fortbildung“ zitiert, deren Ablauf und Inhalt in vielen Punkten äußerst fragwürdig ist (Notiz des Namens, wenn jemand zur Toilette ging, ...).

Verantwortlich für den reibungslosen Ablauf:

die Schulleiter/innen

Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion in Gewerkschaft oder Zentralausschuss: **Fehlanzeige**

Am 27. und 28. November haben wir die Möglichkeit, uns in Gewerkschaft und Zentralausschuss für einen neuen Weg zu entscheiden. Nutzen wir die Chance!

- TOMBOLA - LIVEMUSIK - SHOWEINLAGEN - DJ -

Jetzt Karten sichern!

BALL DER BILDUNG
- PALAIS FERSTEL -

FREITAG, 4.10.2019, 20 UHR

EINTRITT: € 35,-, SITZPLATZ: € 10,-
KARTENBESTELLUNG UNTER: WWW.BALLDERBILDUNG.WIEN

mit freundlicher Unterstützung von

FSG zvw Zentralverein
Bildung braucht Freiheit

Reinerlös für karitative Zwecke
OBV
Meine Versicherung

SAVE THE DATE

Beach Party

Donnerstag
19. SEPTEMBER 2019
18 Uhr

VCBC SINCE 2006

FSG Bildung braucht Freiheit

zvw Zentralverein

Mag. Dr. Rudolf Beer, BEd

Transitionen Übergänge im Bildungssystem

In erziehungswissenschaftlichen Kontexten versteht man im engeren Sinne unter Transition den Übergang von einer Erziehungs- oder Bildungseinrichtung zur nachfolgenden. Dies kann somit der Eintritt in eine elementare Bildungseinrichtung, der Schuleintritt, der Übertritt in eine weiterführende Schule, der Beginn einer Berufsausbildung oder der Start in ein Studium sein. Übergänge im weiteren Sinne außerhalb des Bildungsbereichs werden in der bildungswissenschaftlichen Diskussion weitgehend ausgeblendet, sind aber unter den gleichen Mechanismen zu verstehen. Üblicherweise werden Phasen des Übergangs „dabei häufig als problematisch, als belastend, als potentiell krisenhaft angesehen“. Nicht zu vergessen ist aber dennoch, dass Transitionen auch Anregungs- und Entwicklungschancen für das Individuum beinhalten. Aber Übergänge betreffen nicht nur die Bewältigung einer Stufe im Bildungssystem. Weiter gedacht sind Transitionen auch „einschneidende Veränderungen in anderen Lebensbereichen. Bei Übergängen handelt es sich somit um Lebensereignisse, die in allen Feldern der menschlichen Existenz vorkommen“. Dies kann die Bewältigung der Scheidung der Eltern samt der Einordnung in eine neue Familiensituation, aber auch der Wohnortwechsel und der damit verbundene Wechsel in Schule und Freundeskreis sein. Der Übergang beinhaltet damit eine deutliche Zäsur im Leben eines (jungen) Menschen und kann modellhaft mit einem Prozess beschrieben werden. Mit Verweis auf Rath beschreibt Tillmann den Prozess mit einer Phase der ‚Ablösung‘, einer folgenden ‚Schwellenphase‘, welche einen dazwischenliegenden Schwebestand beschreibt und letztlich einer ‚Angliederungsphase‘. Pädagoginnen und Pädagogen in der Schule sind sehr häufig mit Kindern in Übergängen konfrontiert, verstärkt zu Beginn des Schuljahres. Damit eröffnet sich für Lehrerinnen und Lehrer ein besonderes pädagogisches Feld. Besonders die qualitativen Bedingungen Lernen und Unterricht an der Nahtstelle, die Gestaltung des Klassenlebens, im Besonderen die Empathie der Lehrperson stellen bedeutende Parameter eines geglückten Übergangs. Unser horizontal gegliedertes Schulsystem fundamentiert beharrlich ‚Schnittstellen‘ im System: zwischen elementaren Bildungseinrichtungen und der Primarstufe, zwischen den verschiedenen Schularten auf der Sekundarstufe I und auch Sekundarstufe II. Viele Initiativen setzen hier an und versuchen durch besondere Treatments solche ‚Nahtstellen‘ wieder zu schließen bzw. für Schülerinnen und Schüler leichter bewältigbar zu machen. Grundsätzliche Überlegungen schon bei der Architektur unseres Bildungssystems auf ein Kontinuum (vor)schulischer Bildung ohne Schnittstellen mit einer späten schulischen Selektion zu setzen, stellt für viele Bildungsverantwortliche noch immer einen historischen Tabubruch dar. Erste Ansätze im Bereich der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer sind mit einer gleichwertigen Ausbildung an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten und einem neuen einheitlichen Besoldungssystem bereits gesetzt. Die Vision einer gemeinsamen (Grund-)Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen von elementaren Bildungseinrichtungen bis zu Lehrpersonen an Universitäten an einer ‚Hochschule für pädagogische Berufe‘ bleibt weiterhin ein anzustrebendes Ziel.

Literatur: Tillmann, Klaus-Jürgen (2013). Die Bewältigung von Übergängen im Lebenslauf – eine biografische Perspektive. In: Bellenberg, Gabriele u. Forell, Matthias (Hrsg.). Bildungsübergänge gestalten, Münster/ New York/ München/ Berlin: Waxmann, 15-32.

Christoph Träumer

Wahlkampf auf dem Rücken der Lehrer/innen?



Zum wiederholten Male versucht ein christlicher Gewerkschafter mit dem Thema Religionsunterricht populistischen Wahlkampf zu betreiben. Konkret geht es um den Vorwurf eines Funktionärs der Fraktion christlicher Gewerkschafter/innen und dessen Behauptung die FSG wolle den Religionsunterricht abschaffen. Der Kollege und Religionslehrer an einer Privatschule stellt nicht zum ersten Mal derartige Behauptungen auf, die eine Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen zum Ziel haben. Viele Lehrer/innen stellen sich zu Recht die Frage, ob eine Gewerkschaft nicht geschlossen für ihre eintreten sollte, anstatt in Fraktionen parteipolitisch zu agieren.

Die Bezeichnung der FSG als „Fraktion sozialistischer Gewerkschafter“, im Artikel des FCG-Funktionärs, ist populistisch. Natürlich weiß der erwähnte Funktionär dass „S“ für „sozialdemokratisch“ steht. Er wählt aber bewusst die Bezeichnung „sozialistisch“, auch wenn sie falsch ist. Soll hier eine gewerkschaftliche Fraktion als dem Kommunismus nahestehend dargestellt werden?! Ähnlich verhält es sich mit den restlichen Behauptungen des Funktionärs. Wir wollen und werden uns nicht auf derartige, parteipolitische Spiele auf dem Rücken der Lehrer/innen einlassen. Einige inhaltliche Behauptungen können wir aber nicht so stehen las-

sen und stellen diese im Folgenden klar. Nein, die FSG ist in reinster Weise für eine Abschaffung des Religionsunterrichts. Nein, die FSG ist nicht für die Einsparung von Religionslehrer/innen.

Wie bereits in einem Artikel zu diesem Thema erwähnt, ist Religion für die FSG ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, den es zu schützen gilt, auch in der Schule. Der Religionsunterricht soll auch weiterhin Teil des österreichischen Lehrplans sein. Zusätzlich zum bestehenden Religionsunterricht tritt die FSG für einen verpflichtenden Ethikunterricht ein. Dieser soll nicht, wie von der ÖVP eingebracht, als eine Art „Bestrafung“ für nur diejenigen verpflichtend sein, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben. Eine Abmeldung vom Religionsunterricht mag ihre Gründe haben, diese sind aber, wie die Religionsausübung selbst, privater Natur. Nicht privater Natur hingegen ist der Bildungsauftrag österreichischer Schulen. Dieser soll auch im Hinblick auf das Thema Religion erfüllt werden. Unabhängig davon, ob ein Schüler, eine Schülerin sich vom konfessionellen Religionsunterricht abgemeldet hat oder nicht. Es kann also keine Rede von einem Ausspielen von Ethik- gegen Religionsunterricht sein, wie der FCG-Funktionär in seinem Artikel schreibt.

Der sozialdemokratische Lehrer/innenverein Österreichs (SLÖ), dessen Vorsitzender Thomas Bulant und das Volksbegehren „Ethik für alle“ unterstützen die Forderung nach einem echten Ethikunterricht. Einen integren Interessenvertreter wie Thomas Bulant als diskriminierend zu bezeichnen, wie es der Kollege der FCG in seinem Artikel tut, ist nicht nur eine neue Dimension im Diskurs, sondern dient vor allem der Ablenkung eigener Versäumnisse der Mehrheitsfraktion. Zu diesen zählen die Abschaffung der Personalvertretung für Polytechnische Schulen, weniger Dienststellenausschüsse (DA) für mehr Lehrer/innen oder das Verweigern einer eigenen Personalvertretung für Direktor/innen seitens der FCG, um nur einige zu nennen.

Der christliche Gewerkschafter endet in jedem seiner Artikel damit, dass die FCG verspricht sich für den Religionsunterricht und die Religionslehrer/innen einzusetzen. Das versprechen wir als sozialdemokratische Gewerkschafter/innen auch. Und nicht nur das. Wir versprechen uns auch stets für eine pluralistische Gesellschaft einzusetzen, die andere Meinungen zulässt und Menschen nicht mit Halbwahrheiten gegeneinander ausspielt. Auch nicht in Wahlkampfzeiten.

Karin Medits-Steiner

**FÜR WIENS
SCHULEN ERREICHT:
UNTERSTÜTZUNGSPERSONAL
GESICHERT!**

#wienerschulen



**für Sie
gecheckt**

Für Wiener Schulen gab es knapp vor Schulschluss eine tolle Neuigkeit. Unsere Forderung nach professioneller Unterstützung wurde gehört und umgesetzt! Die sehr wichtige Arbeit der mobilen interkulturelle Teams (MIT) und der Schulsozialarbeiter/innen (ÖZPGS) wird dank einer gemeinsamen Finanzierung von Bund und Land Wien fortgesetzt! Dieser Support wird in den Schulen dringend gebraucht, denn gerade im Ballungsgebieten gibt es viele Herausforderungen und jede professionelle Unterstützung ist notwendig.

IMPRESSUM:
Medieninhaber: FSG-GÖD, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Herausgeber: MMag. Dr. Thomas Bulant, 1010 Wien, Schenkenstraße 4/5, e-mail: thomas.bulant@fsg-pv.wien, Tel.: +4369919413999
Redaktion: Horst-E. Pintarich
Grafisches Konzept und Layout: Christoph Träumer
Adresse: 1010 Wien, Schenkenstr. 4/5. Stock
Tel.: 01 53 454/567, e-mail: office@fsg-pv.wien, Internet: www.fsg-pv.wien
Hersteller: PG-DVS Druckerei Gerin, Gerinstraße 1-3, 2120 Wolkersdorf; gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier (G-Print), empfohlen von GREENPEACE.

